



EUROPEAN
TRANSPORT
WORKERS'
FEDERATION

EIN NEUER DEAL FÜR FAIREN TRANSPORT

Manifest der
europäischen
Transportarbeiter:
innen für
ein faires Europa



EIN NEUER DEAL FÜR FAIREN TRANSPORT

MANIFEST DER EUROPÄISCHEN TRANSPORTARBEITER: INNEN FÜR EIN FAIRES EUROPA



In Europa gibt es keinen Arbeitskräftemangel, sondern einen Mangel an guten Arbeitsplätzen!

Der Verkehr und die Beschäftigten im Verkehrswesen sind für Europa von wesentlicher Bedeutung.

Die Arbeit im Transportsektor in ganz Europa ist jedoch allzu oft durch niedrige Löhne, lange Arbeitszeiten und sich verschlechternde Arbeitsbedingungen gekennzeichnet.

Die Europäische Union hat es versäumt, angemessen auf die gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Herausforderungen zu reagieren, die durch Liberalisierung, Deregulierung, Privatisierung und Globalisierung entstanden sind. Diese Politik hat nicht nur zu einer verstärkten Ausbeutung der europäischen Arbeitnehmer:innen geführt, sondern auch zu einer politischen Entfremdung der europäischen Bürger:innen, einer Entfremdung, die zu einer verstärkten Unterstützung für rechtsautoritäre Parteien geführt hat. Die Wiederbelebung der Gewerkschaftsbewegung und die Stärkung der Macht der Arbeitnehmer:innen am Arbeitsplatz sind notwendig, um diesem Trend Einhalt zu gebieten und den Arbeitnehmer:innen ein Mitspracherecht bei Entscheidungen zu geben, die sie betreffen. Starke Gewerkschaften, ein substanzieller sozialer Dialog und betriebliche Demokratie sind unerlässlich, um diese Herausforderungen zu bewältigen, die Ursachen für die Herausforderungen im Verkehrssektor zu beseitigen und die Zunahme rechtsextremer Parteien zu verhindern. In diesem Zusammenhang fordern wir die Kandidat:innen für die EU-Wahlen und ihre Parteien auf, die Kampagne zu unterstützen, den 8. Mai zu einem europaweiten Feiertag zu machen, um den Widerstand der Europäischen Union gegen den rechtsextremen Autoritarismus zu demonstrieren.

Im Vorfeld der Europawahlen 2024 erläutert die Europäische Transportarbeiter-Föderation (ETF) ihre Forderungen für ein neues Abkommen für den Transportsektor und seine Arbeitnehmer:innen. Die Transportarbeiter:innen in Europa fordern alle Kandidat:innen für die Europawahl und die politischen Parteien auf, sich zu diesen Forderungen zu bekennen und sie während ihres Mandats und bei ihrer Arbeit zu unterstützen.

1.

Auf europäischer und nationaler politischer Ebene wird die entscheidende Rolle des Transports für die Gesellschaft allzu oft verkannt.

Die Folge ist eine schlechte Regierungsführung mit ineffizienten Kontrollen und Inkohärenzen in den Politiken, einschließlich bei Investitionen, sowie die Unfähigkeit zu einer systemorientierten und strategischen Vision für die Zukunft des Transportwesens und seiner Beschäftigten. Das muss sich ändern!

Die Transportarbeiter:innen in Europa fordern

- **Einen arbeitnehmerorientierten Ansatz in der Verkehrspolitik und ein entschiedenes politisches Engagement** für die Belange der Transportarbeiter:innen. Alle Entscheidungen im Zusammenhang mit dem grünen und digitalen Wandel müssen auf einer substanziellen Beteiligung der Arbeiter:innen und ihrer Gewerkschaften beruhen;
- **Eine strategische, zukunftsgerichtete Vision des Transportwesens** als Schlüsselsektor von allgemeinem Interesse;
- **Den Verkehr in den Mittelpunkt der EU-Politik** zu stellen und verkehrspolitische Entscheidungen mit der EU-Industriepolitik zu verknüpfen.



Die europäische und nationale Verkehrspolitik konzentriert sich viel zu oft auf die Liberalisierung der Verkehrsmärkte, die Senkung der Kosten und die Erzwingung des Wettbewerbs im Verkehrswesen und in verwandten Sektoren.

Der Wettbewerb im Verkehrswesen, der auf Kostensenkungen und Untergrabung der Löhne und Arbeitsbedingungen beruht, hat nicht zu Effizienzgewinnen geführt, sondern vielmehr zu erhöhter Ineffizienz und gleichzeitig zu einem Druck auf die Löhne und die Sicherheit. Diese Politik ist die Hauptursache für das akute grundsätzliche und existenzielle Problem im Transportwesen – den Mangel an menschenwürdigen Arbeitsplätzen! Zersplitterung, Auslagerung und Untervergabe, die durch die Liberalisierungspolitik gefördert werden, untergraben die Arbeitsbedingungen und halten Frauen und junge Arbeitnehmer:innen davon ab, im Verkehrssektor zu arbeiten. Die Arbeit im Transportwesen ist von Natur aus mobil und oft international; dies darf jedoch kein Freibrief für das ausbeuterische Vorgehen skrupelloser Transportunternehmer sein, die Gesetze und sozialrechtliche Verpflichtungen für sich ausnutzen. Die Europäische Union und ihre Politiker:innen müssen mutig handeln, um eine soziale und gerechte Entwicklung des Transportsektors in Europa zu ermöglichen.

2.

Die Transportarbeiter:innen in Europa fordern

- **Spezifische Schutzmaßnahmen zum Schutz mobiler**, insbesondere international mobiler Arbeitnehmer:innen unter Berücksichtigung der verschiedenen Besonderheiten der einzelnen Transportsektoren;
- **Substanzielle Maßnahmen mit einer angemessenen Mittelausstattung zur Unterstützung von Tarifverhandlungen** (im Einklang mit der EU-Richtlinie 2022/2041 über angemessene Mindestlöhne in der Europäischen Union und der Europäischen Säule sozialer Rechte) auf sektoraler Ebene, die eine angemessene Entlohnung, gute Arbeitsbedingungen und einen gerechten Übergang zu einem nachhaltig umweltverträglichen Verkehr sowie einen gerechten digitalen Wandel gewährleisten;
- **EU-weite Gesetzgebung zur Regelung** der Vergabe von Unteraufträgen zur Verhinderung unlauterer und missbräuchlicher Situationen;
- **Ordnungsgemäße Durchsetzung bestehender Rechtsvorschriften** und Maßnahmen zur Abschreckung von Missbrauch von Rechtsvorschriften und Gesetzen;
- **Eine stärkere Rolle der Europäischen Arbeitsbehörde (ELA)** mit der Befugnis, Voruntersuchungen zu mutmaßlichen Verstößen gegen europäisches Recht und soziale Verpflichtungen durchzuführen, insbesondere wenn diese von Gewerkschaften und/oder europäischen Gewerkschaftsverbänden vorgeschlagen werden, und mit weitreichenden Befugnissen bei der Leitung der Folgemaßnahmen in solchen Fällen;
- **Keine Wettbewerbsvorteile für Transportunternehmen durch Ausbeutung** von Beschäftigten sowie Verbindlichkeit und Durchsetzung von Verantwortung und Sorgfaltspflicht in der gesamten Lieferkette;
- **Die Möglichkeit von Strafsanktionen** gegen transnationale Unternehmen, die rechtliche und soziale Verpflichtungen, insbesondere Tarifverträge, nicht einhalten.

3.

Das Transportwesen muss ein integrativer Sektor sein, der die Vielfalt der europäischen Gesellschaft widerspiegelt.

Die Vision der europäischen Transportarbeiter: innen ist eine Vision des fairen Transports, der alle Transportarbeiter: innen, insbesondere jedoch junge und weibliche Verkehrsbeschäftigte, schwarze Verkehrsbeschäftigte, farbige Verkehrsbeschäftigte und Angehörige ethnischer und religiöser Minderheiten, Wanderarbeiter:innen im Transportsektor, LGBTQI+-Verkehrsbeschäftigte und Verkehrsbeschäftigte mit Behinderungen sowohl auf dem Arbeitsmarkt als auch in der Gesellschaft aktiv unterstützt.

Die Transportarbeiter:innen in Europa fordern

- Dass die Arbeit im Verkehr sicher, frei von Belästigung und Diskriminierung ist;
- Maßnahmen zur Verhinderung aller prekären Arbeitsformen, die den Verkehrssektor für die Menschen unattraktiv machen und die Bindung von Arbeitnehmer:innen an das Unternehmen erschweren;
- Einen gleichstellungsorientierten Ansatz und Kohärenz der EU- und nationalen Verkehrspolitik, um mehr Frauen dafür zu gewinnen, im Verkehrssektor zu arbeiten und zu bleiben.



Die vertikale Integration, d. h. wenn Unternehmen über zwei oder mehr Stufen der Lieferkette Einfluss nehmen, hat sich auf den gesamten Transportsektor ausgeweitet. Dadurch konnte sich eine unausgewogene Machtdynamik entwickeln, bei der immer weniger Transportunternehmen ihre Forderungen gegenüber nationalen Regierungen durchsetzen und die Gegenwart und Zukunft des europäischen Transportwesens und der Arbeit im Transportwesen diktieren.

4.

Die Transportarbeiter:innen in Europa fordern

- Eine **substanzielle Wirtschaftsaufsicht auf internationaler Ebene**, um sicherzustellen, dass Großunternehmen die wirtschaftlichen und sozialen Regelungen, u. a. zu sozialer Sicherheit und Steuerpflichten, einhalten;
- **Transparenz bei der Entscheidung** über Ausnahmen von den Wettbewerbsregeln;
- **Mechanismen der sozialen Konditionalität** in Verbindung mit Subventionen und Ausnahmeregelungen für staatliche Beihilfen;
- **Sozialvorschriften** in Vergabeverfahren, um Sozialdumping zu verhindern und einen fairen Wettbewerb zu ermöglichen.

Die anhaltende Klimakrise erfordert rasches Handeln – die Ökologisierung unserer Wirtschaft und Gesellschaft! Ein grüner Wandel ist nur möglich, wenn dabei soziale und politische Ungerechtigkeiten überwunden werden und eine gerechte Verteilung von Emissionen und Ressourcen sichergestellt ist. Deshalb muss ein grüner Wandel vor allem gerecht sein. Er muss eine Wirtschaft aufbauen, die gerecht und solidarisch ist und dafür sorgen, dass die Chancen und Kosten gerecht verteilt werden. Dies ist am besten durch einen substanziellen sozialen Dialog und Tarifverträge erreichbar, die menschenwürdige Arbeit und faire Arbeitsbedingungen gewährleisten und fördern und nichts und niemanden zurücklassen.

Die Transportarbeiter:innen in Europa fordern

- **Ein Ende der Austeritätspolitik.** Sparmaßnahmen schaden nicht nur den Beschäftigten, ihren Familien und Gemeinden, sondern untergraben auch die umweltpolitischen Verpflichtungen. Die Wirtschafts- und Steuerpolitik muss die Sozial- und Umweltpolitik unterstützen;
- **Politisches Engagement** sowie eine angemessene und ausreichende öffentliche Finanzierung für hochwertige öffentliche Verkehrsmittel als eine öffentliche Dienstleistung, die hochwertige Arbeitsplätze im Verkehrswesen schafft;
- **Eine substanzielle Einbeziehung** von Beschäftigten und Gewerkschaften in die Überwachung und Bewertung der Verwendung von Mitteln für den ökologischen Wandel im Verkehrswesen;
- **Verpflichtende Sozialverträglichkeitsprüfungen auf sektoraler, regionaler und Unternehmensebene**, um die Auswirkungen des grünen Wandels auf die Beschäftigung, die Gleichstellung, den Qualifikations- und Ausbildungsbedarf und die Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz zu antizipieren;
- **Angemessen finanzierte Strategien und Maßnahmen** zur Umschulung und Höherqualifizierung auf Unternehmensebene, die sich an den Forderungen der Arbeitnehmer:innen und ihrer Gewerkschaften orientieren;
- **Dass die Gewährung von Subventionen** für die Erprobung neuer Kraftstoffe usw. an eine gerechte Umstellung der Arbeitsplätze geknüpft werden muss;
- **Angemessen finanzierte Mechanismen** zur Unterstützung aller Arbeitnehmer:innen bei möglichen Entlassungen;

5.

Digitalisierung und Automatisierung beeinflussen bereits heute unsere Arbeitswelt und werden in Zukunft zu tiefgreifenden Veränderungen führen.

Aufgrund der aktuellen Entwicklung der unternehmensgesteuerten und profitorientierten Digitalisierung und Automatisierung sind eine Intensivierung der Arbeit, eine verstärkte Überwachung der Arbeitnehmer:innen und ein größeres sozioökonomisches Ungleichgewicht zwischen Beschäftigten und Regionen zu befürchten. Die Technologien müssen menschenwürdige Arbeit fördern und stärken! Die Digitalisierung und Automatisierung unserer Gesellschaft hat das Potenzial, die Beschäftigung zu erhöhen, die Arbeitsintensität und Arbeitsbelastung zu verringern und soziale Vorteile für Arbeitnehmer:innen und Bürger:innen zu bringen. Die Digitalisierung und Automatisierung muss hierfür von den Beschäftigten gesteuert werden und den Menschen in den Mittelpunkt stellen. Arbeitgeber, die ihren Arbeitsplatz digitalisieren und/oder automatisieren, haben die Verantwortung, den Wandel sozial und ökologisch gerecht zu gestalten. Die internationale Politik muss sicherstellen, dass die Arbeitnehmer:innen und ihre Gewerkschaften während des gesamten Prozesses konsultiert werden, wenn es um die Anwendung digitaler Technologien am Arbeitsplatz geht, und alle Änderungen müssen vor ihrer Umsetzung ausgehandelt werden. Die Politik muss dafür sorgen, dass Lehrpläne und Bildungseinrichtungen zur Verfügung stehen, die eine korrekte und angemessene Umschulung und Höherqualifizierung aller betroffenen Arbeitnehmer:innen gewährleisten, und zwar unentgeltlich und in Abstimmung mit den Beschäftigten. Die Politik muss einen gerechten und integrativen digitalen Wandel sicherstellen.

Die Transportarbeiter:innen in Europa fordern

- **Eine Aktualisierung des EU-Arbeitsrechts** zum Schutz der Arbeitnehmer:innen vor den Herausforderungen der neuen Technologien (ein KI-Gesetz für den Arbeitsplatz);
- **Eine Politik, die darauf hinwirkt**, dass die Digitalisierung am Arbeitsplatz nicht ohne Verhandlungen mit den Beschäftigten und ihren Gewerkschaften stattfinden darf!
- **Dass die digitalen Technologien eingesetzt werden**, um menschenwürdige Arbeit, Arbeitsrechte und Demokratie zu stärken.
- Dass die Anwendung digitaler Technologien am Arbeitsplatz nicht zu einer Verhaltens- oder Leistungskontrolle führt;
- **Dass die Digitalisierung genutzt wird**, um die Gleichstellung der Geschlechter zu fördern und mehr Frauen in den Verkehrssektor zu bringen.



6.



EUROPEAN
TRANSPORT
WORKERS'
FEDERATION

European Transport Workers' Federation
Galerie Agora, Rue du Marché aux Herbes 105, bte 11,
B-1000 Brussels
+32 2 285 46 60
etf@etf-europe.org | etf-europe.org